Das geschieht mit einem Strauß von manipulativen Formulierungen. Die NachDenkSeiten geben die ersten Seiten dieses Spiegeltitels wieder, am Rande versehen mit Fragen und Bemerkungen. Das zwangsläufige Fazit: Wie so oft kann man sich die Lektüre dieses angeblichen Nachrichtenmagazins sparen. Prüfen Sie selbst. **Albrecht Müller**.

Es wird unentwegt maßlos übertrieben.

Eine Mutmaßung folgt der anderen.

Eine Behauptung ohne Beleg folgt der anderen.

Die Quellen absonderlicher Aussagen werden nicht genannt. Sie bleiben anonym. Zum Beispiel wird von “mächtigen Genossen” gesprochen.

Fazit: Die gesamte Titelgeschichte ist ein Beleg für die manipulative Kraft des “Spiegel”. Dass er immer noch Leser findet, ist erstaunlich.

Hier die wichtigsten Seiten der Titelgeschichte mit handschriftlichen Anmerkungen:

Welche alten Gewissheiten "zerbrö
seln gerade? Und
das auch noch in
atemraubender Ge-
schwindigkeit??
Das ist heiße
Luft der Spiegel
Echt jetzt?
Demokratie In der deutschen Politik zerbröseln gerade alte Gewissheiten in atemraubender
Geschwindigkeit. Niemand steht so sehr für diesen Prozess wie Juso-Chef Kevin Kühnert.
Nun ist er sogar eine Option für den SPD-Vorsitz. Das Land steht vor ungewissen Zeiten.

Titel

Kevin Kühnert sagt, er sei keiner, der sich auf Auseinandersetzungen freue, auf Raufereien, er habe keinen Spaß daran, erst eine Lunte zu legen, dann drauf zu warten, dass die Bombe platzt und alle sich über das Ergebnis hermachen wie neulich über sein Interview mit der »Zeit«. In dem hatte er angeregt, große Unternehmen wie BMW zu kollektivieren. Er habe nur keine Scheu, Dinge offen anzusprechen, geradeheraus.

Vielleicht, sagt Kühnert, habe er als Einzelkind früh die Erfahrung gemacht, dass man Dinge direkt ansprechen müsse. Es gab keine Umwege, keine Geschwister, mit denen er heimlich hätte Allianzen bilden können. Wenn er etwas habe durchsetzen wollen, habe es für ihn nur den einen, direkten Weg gegeben: den Konflikt mit den Eltern.

So entwickelte sich vermutlich jene Furchtlosigkeit, mit der Kühnert heute seine Partei und den Rest der Republik aufmischt. Den Konflikt sucht er nicht mehr mit seinen Eltern, sondern mit dem Establishment der SPD. Er sucht ihn mit der Bundeskanzlerin oder der CDU-Vorsitzenden. Mit dem radikalen Impetus des weitaus Jüngeren stellt Kühnert vieles von dem infrage, was bislang galt in der Hauptstadt.

Disruption ist dieser Tage das Schlüsselwort in der deutschen Politik. Gemeint ist der Zerfall von Gesetzmäßigkeiten und Machtzentren, der Abschied von Gewissheiten, die radikale Verschiebung im Parteiengefüge. Alles scheint gerade möglich: dass die Grünen stärkste Kraft im Bund werden. Dass es die SPD bald nicht mehr gibt. Und niemand steht so sehr für Disruption wie Kevin Kühnert.

Im ARD-Deutschlandtrend stürzten die Sozialdemokraten in dieser Woche auf 12 Prozent ab, auf den tiefsten Wert also, der hier je für sie gemessen wurde. Die Grünen hingegen lagen mit 26 Prozent einen Prozentpunkt vor der Union, die dieser Tage ebenfalls nicht weiß, wie ihr geschieht. Plötzlich wird diskutiert, Kevin Kühnert könnte der nächste SPD-Chef werden. Er selbst sagt dazu vorerst nichts, schließt als einer der wenigen führenden Sozialdemokraten aber eine Kandidatur explizit nicht aus. Dass Kühnert überhaupt eine Option ist, zeigt die Dramatik der Lage. Auch das bislang Undenkbare ist plötzlich sehr wohl denkbar.

Die Anpassung an diese neuen Zeiten fällt vielen noch erkennbar schwer. »Dass ein 29-Jähriger plötzlich gehandelt wird als ein möglicher Parteivorsitzender der SPD, der noch nie ein exekutives Amt gehabt hat, ist ein Indiz dafür, dass da einiges aus dem Ruder gelaufen ist«, sagte Ex-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück in der vorigen Woche. »Wahnsinn, einfach völlig unverhältnismäßig.«

Sozialdemokraten Schmidt, Wehner, Brandt 1972: 70 Jahre schwarz-rote Republik

Dennoch starrt das politische Berlin nun gebannt darauf, was mit Kühnert und der SPD geschieht. Für Kanzlerin Angela Merkel hängt davon ab, ob sie doch noch eine Chance bekommt, den 16-jährigen Amtsrekord von Helmut Kohl einzustellen. Für CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer, wann oder ob sie überhaupt noch die Gelegenheit bekommt, als Kanzlerkandidatin in den nächsten Wahlkampf zu ziehen. Für Armin Laschet oder Friedrich Merz im Umkehrschluss, ob sie stattdessen zum Zuge kommen. Und die Grünen fragen sich, ob sie ihren aktuellen Höhenflug in den Umfragen schon bald in ein ähnlich gutes Bundestagswahlergebnis umwandeln und die Nummer eins im linken Lager werden oder sogar die Union hinter sich lassen können.

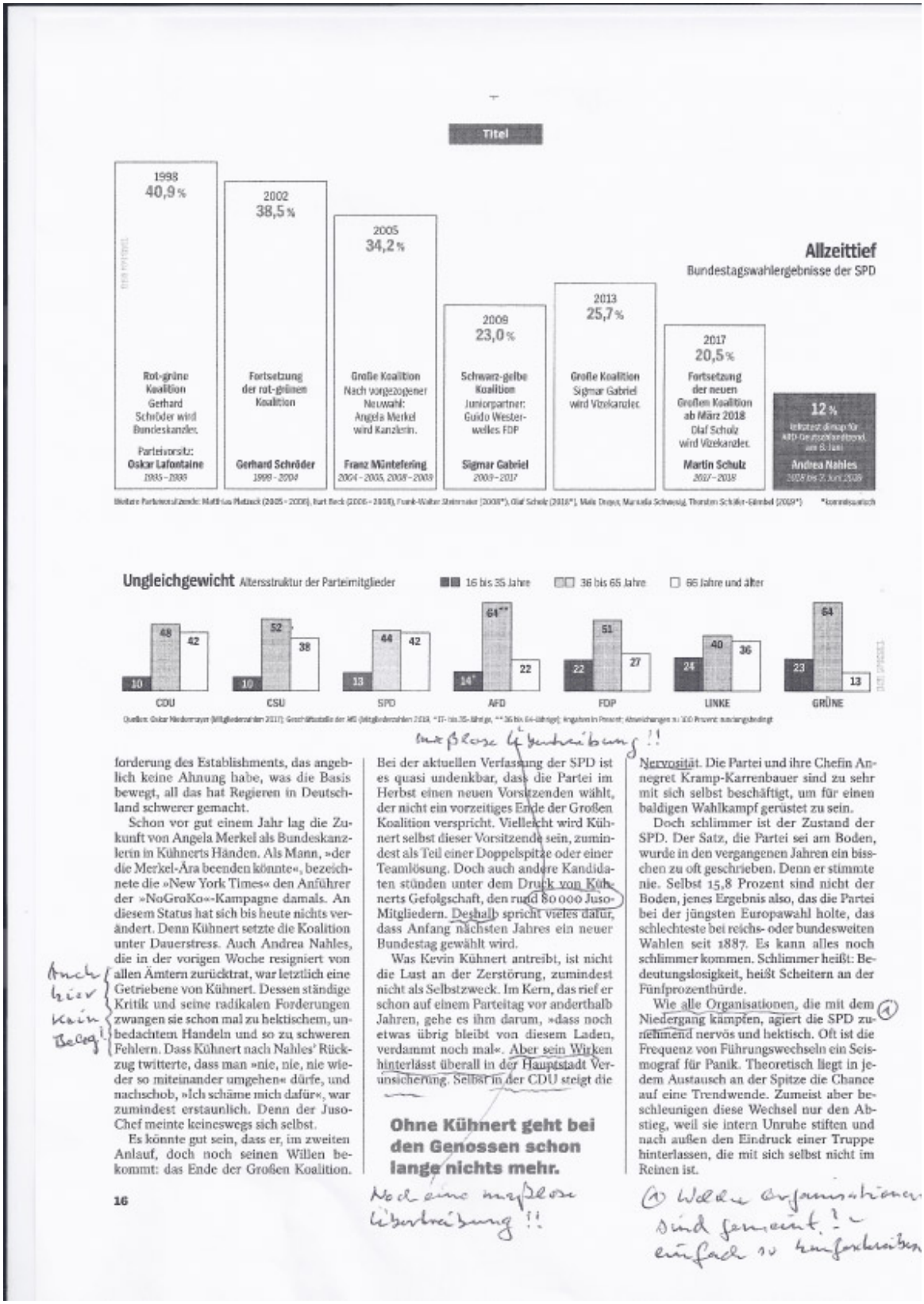
Der Seeheimer Kreis, der Zusammenschluss der konservativen SPD-Bundestagsabgeordneten, hat am Dienstagabend auf die MS »Havel Queen« geladen, zur traditionellen Spargelfahrt. Mehrere Hundert sind an Bord. Kühnert ist nicht dabei, aber er ist präsent, wie in fast allen Debatten über die Zukunft der SPD und die Zukunft der Bundesregierung.

Immer wieder fällt sein Name, wenn die Gäste der Dampferfahrt über die künftige Führung nach dem Abgang von Andrea Nahles spekulieren. Häufig mit dem Zusatz versehen, Kühnert dürfe auf keinen Fall Vorsitzender werden, dann spalte sich die Partei. Auch jenseits der Spargelfahrt wird über Kühnert geredet. Mächtige Genossen denken über Strategien nach, wie sein Aufstieg an die Parteispitze verhindert werden könne. Sie haben Angst.

Spricht man führende Sozialdemokraten auf Kühnert an, gibt es fast immer die gleiche panische Antwort: »Bloß nicht! Dann kann sich die SPD beerdigen.« Während der Juso-Chef seinen vielen innerparteilichen Fans als letzte Rettung erscheint, fürchten seine Gegner den Untergang der Sozialdemokratie, sollte er die Partei erobern. Zu forsch, zu naiv, keine echte Berufserfahrung, das sind die Argumente, die Kühnert entgegenschlagen. Die Panik ist vor allem deshalb so groß, weil niemand mehr sagen kann, ob die klassischen Bewertungsmaßstäbe in der Politik noch gelten. »Die Lage ist so dramatisch, dass auch irrationale Entscheidungen getroffen werden können«, beschreibt ein SPD-Stratege die Lage. Alles sei möglich.

Kühnert selbst macht sich in diesen Tagen auffallend rar. Er, der sonst gern für Journalistenanfragen zur Verfügung steht und fröhlich Botschaften ins Land trompetet, ist kaum erreichbar, gibt kaum Interviews, absolviert keine öffentlichen Termine, twittert wenig. Für das Fotoshooting für den SPIEGEL-Titel nimmt er sich allerdings Zeit.

Seit anderthalb Jahren hält Kühnert die deutsche Politik in Atem. Die Radikalität seiner Forderungen, seine Bereitschaft, alles einzureißen, seine gezielte Heraus-



Titel

Allzeittief
Bundestagswahlergebnisse der SPD

	1998	2002	2005	2009	2013	2017	12 %
	40,9 %	38,5 %	34,2 %	23,0 %	25,7 %	20,5 %	Infratest dimap für ARD-Deutschlandtrend am 8. Juni
	Rot-grüne Koalition Gerhard Schröder wird Bundeskanzler. Parteivorsitz: Oskar Lafontaine 1995–1999	Fortsetzung der rot-grünen Koalition	Große Koalition Nach vorgezogener Neuwahl: Angela Merkel wird Kanzlerin.	Schwarz-gelbe Koalition Juniorpartner: Guido Westerwelles FDP	Große Koalition Sigmar Gabriel wird Vizekanzler.	Fortsetzung der neuen Großen Koalition ab März 2018 Olaf Scholz wird Vizekanzler.	Andrea Nahles 2018 bis 2. Juni 2019
		Gerhard Schröder 1999–2004	Franz Müntefering 2004–2005, 2008–2009	Sigmar Gabriel 2009–2017		Martin Schulz 2017–2018	

Weitere Parteivorsitzende: Matthias Platzeck (2005–2006), Kurt Beck (2006–2008), Frank-Walter Steinmeier (2008*), Olaf Scholz (2018*), Malu Dreyer, Manuela Schwesig, Thorsten Schäfer-Gümbel (2019*) *kommissarisch

Ungleichgewicht Altersstruktur der Parteimitglieder — 16 bis 35 Jahre | 36 bis 65 Jahre | 66 Jahre und älter

	16 bis 35 Jahre	36 bis 65 Jahre	66 Jahre und älter
CDU	10	48	42
CSU	10	52	38
SPD	13	44	42
AFD	14*	64**	22
FDP	22	51	27
LINKE	24	40	36
GRÜNE	23	64	13

Quellen: Oskar Niedermayer (Mitgliederzahlen 2017); Geschäftsstelle der MIS (Mitgliederzahlen 2018. *17- bis 35-Jährige, **36 bis 64-Jährige; Angaben in Prozent; Abweichungen zu 100 Prozent rundungsbedingt

forderung des Establishments, das angeblich keine Ahnung habe, was die Basis bewegt, all das hat Regieren in Deutschland schwerer gemacht.

Schon vor gut einem Jahr lag die Zukunft von Angela Merkel als Bundeskanzlerin in Kühnerts Händen. Als Mann, »der die Merkel-Ära beenden könnte«, bezeichnete die »New York Times« den Anführer der »NoGroKo«-Kampagne damals. An diesem Status hat sich bis heute nichts verändert. Denn Kühnert setzte die Koalition unter Dauerstress. Auch Andrea Nahles, die in der vorigen Woche resigniert von allen Ämtern zurücktrat, war letztlich eine Getriebene von Kühnert. Dessen ständige Kritik und seine radikalen Forderungen zwangen sie schon mal zu hektischem, unbedachtem Handeln und so zu schweren Fehlern. Dass Kühnert nach Nahles' Rückzug twitterte, dass man »nie, nie, nie wieder so miteinander umgehen« dürfe, und nachschob, »Ich schäme mich dafür«, war zumindest erstaunlich. Denn der Juso-Chef meinte keineswegs sich selbst.

Es könnte gut sein, dass er, im zweiten Anlauf, doch noch seinen Willen bekommt: das Ende der Großen Koalition. Bei der aktuellen Verfassung der SPD ist es quasi undenkbar, dass die Partei im Herbst einen neuen Vorsitzenden wählt, der nicht ein vorzeitiges Ende der Großen Koalition verspricht. Vielleicht wird Kühnert selbst dieser Vorsitzende sein, zumindest als Teil einer Doppelspitze oder einer Teamlösung. Doch auch andere Kandidaten stünden unter dem Druck von Kühnerts Gefolgschaft, den rund 80 000 Juso-Mitgliedern. Deshalb spricht vieles dafür, dass Anfang nächsten Jahres ein neuer Bundestag gewählt wird.

Was Kevin Kühnert antreibt, ist nicht die Lust an der Zerstörung, zumindest nicht als Selbstzweck. Im Kern, das rief er schon auf einem Parteitag vor anderthalb Jahren, gehe es ihm darum, »dass noch etwas übrig bleibt von diesem Laden, verdammt noch mal«. Aber sein Wirken hinterlässt überall in der Hauptstadt Verunsicherung. Selbst in der CDU steigt die Nervosität. Die Partei und ihre Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer sind zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um für einen baldigen Wahlkampf gerüstet zu sein.

Ohne Kühnert geht bei den Genossen schon lange nichts mehr.

Doch schlimmer ist der Zustand der SPD. Der Satz, die Partei sei am Boden, wurde in den vergangenen Jahren ein bisschen zu oft geschrieben. Denn er stimmte nie. Selbst 15,8 Prozent sind nicht der Boden, jenes Ergebnis also, das die Partei bei der jüngsten Europawahl holte, das schlechteste bei reichs- oder bundesweiten Wahlen seit 1887. Es kann alles noch schlimmer kommen. Schlimmer heißt: Bedeutungslosigkeit, heißt Scheitern an der Fünfprozenthürde.

Wie alle Organisationen, die mit dem Niedergang kämpfen, agiert die SPD zunehmend nervös und hektisch. Oft ist die Frequenz von Führungswechseln ein Seismograf für Panik. Theoretisch liegt in jedem Austausch an der Spitze die Chance auf eine Trendwende. Zumeist aber beschleunigen diese Wechsel nur den Abstieg, weil sie intern Unruhe stiften und nach außen den Eindruck einer Truppe hinterlassen, die mit sich selbst nicht im Reinen ist.

16

Interimschefs Schäfer-Gümbel, Schwesig, Dreyer: Aus dem Spiel genommen

Nach dem Rücktritt von Andrea Nahles ist da wieder jener Moment der Hoffnung, der sich mit etwas Neuem verbindet. Angesichts der trostlosen Lage der SPD ist es nur folgerichtig, dass ein Mann als potenzieller SPD-Vorsitzender in den Blick gerät, der so gar nichts Bisheriges an sich hat. Der Unterschied in Stil und Sprache im Vergleich zu den bisherigen Parteispitzen könnte kaum größer sein. Und inhaltlich ist er in manchen Fragen näher an der Linkspartei als an der aktuellen SPD.

Am 24. Juni wollen die Sozialdemokraten im Parteivorstand beschließen, wie sie einen neuen Vorsitzenden oder mehrere finden wollen. Klar ist bislang nur, dass bislang kaum etwas klar ist: Die alten Rituale der Machtübergabe funktionieren nicht mehr. Anders als sonst, wenn eine neue Führung gesucht wird, ist wenig sortiert, es gibt keine Lager, die sich in Hinterzimmern schon auf einen Kandidaten verabredet hätten, keine Spitze, die einen klaren Kurs vorgibt. Niemand in der SPD hat einen Masterplan, und alle wissen: Wer zu früh den Finger hebt, könnte schnell erledigt werden. Deshalb hat sich in der SPD nach dem Sturz von Andrea Nahles zunächst eine trügerische Ruhe eingestellt. »Es braucht nur eine Winzigkeit, um den Laden explodieren zu lassen«, beschreibt ein führender Sozialdemokrat die Atmosphäre.

Die Führung dürfte kaum darum herumkommen, die Mitglieder bei dem Auswahlverfahren zu beteiligen. Wie genau, ist eine sensible Frage, die bis zum Vorstandstreffen am 24. Juni geklärt werden soll. Zwei Modelle sind denkbar: Entweder wird die neue Parteispitze mit einer Art Mitgliedervotum bestimmt, bei dem sich alle Menschen mit SPD-Parteibuch beteiligen können. Oder der Weg führt über eine Reihe von Regionalkonferenzen, und am Ende haben dann die Parteitagsdelegierten das Wort. So machte es zuletzt die CDU.

Die Entscheidung ist keine Kleinigkeit: Sie könnte Einfluss darauf haben, welches Lager die größeren Chancen hat. Galt bislang eine breite Basisbeteiligung als Garant für eine »vernünftige« Entscheidung, ist des nach den verheerenden Wahlniederlagen alles andere als sicher. Und wählte die SPD den engeren Weg der Regionalkonferenzen, wäre der Auswahlprozess womöglich noch weniger zu kontrollieren.

Dort dominieren die aktiven Genossen und Funktionäre, also jene Gruppe von Sozialdemokraten, in denen der Frust über das Establishment und die Große Koalition immer mehr wächst.

Ein bislang für Anfang Dezember angesetzter Parteitag müsste die neue Spitze noch absegnen, möglicherweise wird dieser ein paar Wochen vorgezogen. Einige Sozialdemokraten wünschen sich eine Doppelspitze, nur hat bislang noch niemand seine Kandidatur erklärt. Ein halbes Dutzend Spitzengenossen hat sich umgehend aus dem Spiel genommen, darunter Olaf Scholz, der Finanzminister, sowie die drei Interimsvorsitzenden Malu Dreyer, Thorsten Schäfer-Gümbel und Manuela Schwesig. Auch die beiden anderen bisherigen stellvertretenden SPD-Chefs, Natascha Kohnen und Ralf Stegner, stehen nicht zur Debatte – die eine wegen Erfolglosigkeit, der andere wegen seines Rufs.

Aus dem Kabinett kommt allenfalls Hubertus Heil als möglicher Parteichef infrage. Er hat sich als Arbeitsminister flügelübergreifend Respekt verschafft. Allerdings verkörpert er nicht wirklich die tief ersehnte Erneuerung. Familienministerin

Juso Kühnert bei Kneipentalk: Ihm sind Kompromisse fremd

Franziska Giffey, die sich mittlerweile einige Sozialdemokraten als Vorsitzende vorstellen können, ist bis zur Klärung ihrer Plagiatsaffäre wohl noch länger blockiert.

Seit geraumer Zeit schon wird Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil als künftiger SPD-Chef gehandelt. Allerdings ließ er in diesen Tagen mit dem Satz aufhorchen, er habe »keine Ambitionen« über seinen aktuellen Job hinaus. Das kann sich noch ändern, aber eine Kandidatur der Stärke wäre es nur, wenn Weil nach dem Chefposten griffe und es nicht so wirkte, als müsse man ihn dazu treiben. Ambitionen werden Generalsekretär Lars Klingbeil nachgesagt. Ihm wird intern jedoch der viel zu flauschige und unpolitische Europawahlkampf angelastet.

Die überschaubare Liste an möglichen Kandidaten sorgt dafür, dass bislang undenkbare Lösungen diskutiert werden. Alexander Schweitzer wird genannt, Fraktionschef im rheinland-pfälzischen Landtag. Boris Pistorius, Innenminister in Niedersachsen. Auch Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer halten einige für vorstellbar. Doch all diese Namen werfen umgehend die Frage auf, ob sie die nötige Power mitbringen, um als Nummer eins zu bestehen.

Die Suche nach einer neuen Spitzenfigur wird extrem kompliziert: Gebraucht wird jemand, der den Bruch mit dem bisherigen System glaubwürdig verkörpert und trotzdem kein Freak ist. Jemand, der nicht zur gescheiterten Parteielite gehört und dennoch weiß, wie die große Politik funktioniert. Gesucht wird ein neues Gesicht, das im Zweifel sogar als Kanzlerkandidat funktionieren würde.

Dass Kevin Kühnert mit seinen bald 30 Jahren Kanzler könnte, behaupten nicht einmal seine größten Fans. Aber angesichts von Umfragewerten von zwölf Prozent wird ein SPD-Vorsitzender auch nicht mehr automatisch als potenzieller Kanzlerkandidat gesehen. Davon mal abgesehen: Kühnerts Generationengefährte, der Österreicher Sebastian Kurz, wurde mit 30 Jahren Parteivorsitzender der ÖVP, mit 31 Bundeskanzler, mit 32 Alt-Bundeskanzler. Alles noch zu schaffen für Kevin Kühnert, in der SPD und in Deutschland.

Die Warnung, bloß nicht von einem Amateur geführt zu werden, dürfte angesichts der dramatischen Erfolglosigkeit der vermeintlichen Profis nicht wirklich verfangen. Das macht das Rennen so unberechenbar – und so reizvoll für all jene, die unter normalen Umständen keine Chance haben dürften.

Es gab vor Kühnert schon viele Juso-Vorsitzende, die das Spiel mit der Provokation beherrschten. Sie kannten die Knöpfe, mit denen sich die jeweilige Parteispitze aus der Reserve locken ließ. Kühnert beherrscht dieses Spiel in Perfektion. Kein Juso-Chef vor ihm hatte eine vergleichbare mediale Durchschlagskraft.

Das liegt einerseits daran, dass ihm mit Twitter, Facebook und unzähligen TV-Talkshows ganz andere Instrumente zur Verfügung stehen als einst Gerhard Schröder oder später Andrea Nahles (die dann beide Parteichefs wurden). Zudem wird Kühnerts öffentliche Präsenz dadurch begünstigt, dass der SPD andere schlagfertige Typen fehlen. Kühnert ist anders als die GroKo-Vertreter seiner Partei. Kein Technokrat, kein Parteimanager – Kühnert meidet die

Titel

Politik der Spiegelstriche, sondern traut sich, wieder grundsätzliche Fragen zu stellen. Auch das erklärt, warum er eine solche Wirkung erzielt.

Man mag das schräg finden – aber ohne Kühnert geht bei den Genossen schon lange nichts mehr. Undenkbar, dass weitreichende Beschlüsse gefasst würden, ohne sie mit dem Juso-Chef abzusprechen. Am SPD-Konzept zur Korrektur der Agenda 2010 war er maßgeblich beteiligt. Frisch ins Amt gewählt, setzte er sich an die Spitze der Juso-Kampagne gegen die Große Koalition und brachte die damalige Parteiführung in Bedrängnis. Dass es am Ende für das ungeliebte Bündnis reichte, wird in der SPD auch darauf zurückgeführt, dass Kühnert auf dem entscheidenden Parteitag seine Tonlage etwas herunterdimmte, statt den Einpeitscher zu geben.

Als sich in der Koalition vergangenes Jahr der Konflikt über Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen anbahnte, war es Kühnert, der gleich rote Linien einzog: Die SPD könne »nicht einfach so in der Regierung weiterarbeiten«, wenn Maaßen im Amt bleibe, verfügte er – und engte damit von Beginn an den Spielraum für Parteichefin Nahles ein. Kühnerts Druck dürfte dazu beigetragen haben, dass Nahles Maaßens Beförderung zum Staatssekretär zustimmte, um ihn als Präsident des Bundesverfassungsschutzes loszuwerden, wie von Kühnert verlangt. Dieser Fehler, das weiß man im Rückblick, war der Anfang von Nahles' Ende.

Die zwei Pole in der SPD bilden dieser Tage Kühnert und Vizekanzler Olaf Scholz. Scholz steht für die Regierungs-SPD, für den festen Glauben daran, dass der Bürger die seit Jahren zur Schau gestellte Kompetenz irgendwann belohnen werde. Kühnert steht für den endgültigen Bruch mit diesem Ansatz.

Aus welch unterschiedlichen Universen die beiden auf die Welt und ihre Partei blicken, belegte in dieser Woche ein Interview des Vizekanzlers im »Stern«. Wenige Tage nachdem Andrea Nahles abgetreten war, gerade mal anderthalb Wochen nach dem Absturz auf 15,8 Prozent bei der Europawahl, verkündete Scholz: »Die Chance, stärkste Partei zu werden, ist bei der nächsten Bundestagswahl deutlich größer als in vielen Jahren zuvor.« In der Partei löste das Kopfschütteln aus.

Kühnert verfügt über zwei Eigenschaften, an denen es der Partei in den vergangene Jahren gefehlt hat. Die SPD spricht eine verdruckste Sprache, sie schmiedet Kompromisse und verteidigt sie dann mühsam gegen die eigenen Leute – Kühnert dagegen sind Kompromisse fremd. Das ermöglicht ihm, mit einer Klarheit und Entschiedenheit aufzutreten, nach der es unter Genossen eine große Sehnsucht gibt.

Nichts draus gemacht

Angaben in Prozent

Obwohl die SPD klar bei der **Bundestagswahl 2017 unterlegt** ...

WAHLERGEBNIS

... gibt sie überwiegend die **Inhalte für den Koalitionsvertrag** vor ...

Quelle: Infratest dimap

INFOGRAFIK ANALYSE

... und wird dennoch bei Umfragen als **Verhandlungsverlierer** eingestuft: »Welche Partei hat sich mit ihren Inhalten bisher durchgesetzt?«

Quelle: ARD-Deutschlandtrend

UMFRAGE vom 14. März

Die SPD ist, nach all den Niederlagen und Abstürzen, eine verängstigte, verzagte Partei. Kühnert dagegen scheint frei von Angst zu sein. Das macht ihn auch für Genossen attraktiv, die mit seinen Positionen nicht viel anfangen können.

Zudem vereint Kühnert in seiner Person ein paar interessante Widersprüche. Er spricht, einerseits, junge Menschen an und damit jene Klientel, die der SPD verloren gegangen ist. Andererseits kommt er nicht besonders hip daher: trägt seine Hemden über die Hosen, dazu ausgetretene Turnschuhe und eine Haartolle, die über der Stirn geformt ist. Offenkundig will er gar nicht hip wirken.

Kühnert steht einerseits für einen Bruch, für die Bereitschaft, etwas ganz Neues zu wagen – verkörpert aber andererseits biografisch ein Problem, an dem die SPD schon länger leidet: Er hat, wie viele Funktionäre vor ihm, nicht viel anderes erlebt als Politik. Sein Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft brach er ab, sein zweites Studium, Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen, ruht derzeit – was eine freundliche Umschreibung dafür ist, dass er es wohl bis auf Weiteres nicht zu Ende bringen wird. Er sitzt in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg und arbeitet für eine Abgeordnete im Berliner Landesparlament. An beruflicher Erfahrung kann er darüber hinaus dreieinhalb Jahre in einem Callcenter vorweisen.

Ein halbes Jahr wird die SPD praktisch führungslos sein.

In einer Zeit, in der den Parteien gern vorgehalten wird, sie hätten die Lebensrealität der Menschen nicht mehr im Blick, ist das kein unerheblicher Schwachpunkt. Hört man sich in der SPD um, heißt es häufig: Ja, großes Talent, der Kevin, aber er solle doch erst mal sein Studium beenden und arbeiten gehen. Dann sei er noch immer jung genug für die Politik.

Die SPD ist schon lange nicht mehr die Partei der Arbeiter und Facharbeiter, aber viele Genossen hängen diesem Bild hinterher – und fremdeln mit einem, der in ihren Augen »nie gearbeitet« hat.

Einer seiner Gegner wohnt im bayerischen Rosenheim: Es ist der 57-jährige Klaus Jordan. Der sagt: »Ich glaube, Kevin Kühnert ist einfach zu jung, um eine so traditionsreiche Partei zu führen. Er wirkt auf mich zu übermotiviert, zu forsch und zu besserwisserisch.« Seit 35 Jahren hat der Familienvater Jordan sein Parteibuch, ist in Rosenheim fast genauso lange ehrenamtlich für die SPD aktiv. Den Industriekaufmann gruselt die Vorstellung, Kühnert könnte die Partei führen. »Er stellt alles infrage, man kann nicht einfach so an den Grundwerten rütteln: Diese Partei hat sich über Jahrzehnte in Deutschland um das Land verdient gemacht. Die SPD ganz grundlegend neu auszurichten – wie es unter Kühnert wohl geschehen würde – wäre ein Schuss ins Knie.«

Viele denken wie Jordan, aber trauen sich nicht, das offen zu sagen. So viel Respekt haben sie vor Kühnert.

Auch seine Unterstützer halten sich noch bedeckt. Sie fürchten, dass derjenige, der zuerst als Kandidat benannt wird, schnell verbrannt ist. Außerdem soll Kühnert nicht als Egoist dastehen, der nur auf seine große Chance gewartet hat. Deshalb sind es allenfalls Politiker aus der zweiten oder dritten Reihe, die sich aus der Deckung wagen.

Thomas Kutschaty, SPD-Fraktionschef im Düsseldorfer Landtag, hält im Augenblick »viele Personen« für geeignet. »Wir müssen darauf achten, dass Programm und Personen auch gut zusammenpassen, und Kevin Kühnert hat in der Vergangenheit wichtige Diskussionen angestoßen.«

Veith Lemmen, Vize-Vorsitzender des einflussreichen SPD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, fordert, die Jusos sollten sich mit einem Team »gehörig« in die Neuaufstellung der SPD einmischen, auch personell. »Kevin hat Fähigkeiten und Ansichten, welche die Bundespartei braucht, er wird ganz vorne mitmischen.«

»Ich würde mich sehr freuen, wenn Kevin Kühnert kandidiert«, sagt die Flensburger Oberbürgermeisterin Simone Lange, die im vergangenen Jahr gegen Andrea Nahles antrat und mit 28 Prozent ein gutes Ergebnis holte. »Ein frischer, junger Kopf

19

Die Spiegel-Leser werden einige Seiten vorher, auf Seite 6 des “Spiegel” implizit auf die große Leistung des Juso-Vorsitzenden eingestimmt, auf den Widerstand gegen die große Koalition.

Hier wird – wie allgemein üblich – die Groko für alles Schlimme verantwortlich gemacht.

DER SPIEGEL
Das deutsche Nachrichten-Magazin

Der Instabilisator

Leitartikel Auch der Bundespräsident ist verantwortlich für den Zustand von SPD und Union.

Diese Regierung ist auch eine Regierung des Bundespräsidenten. Ohne das Drängen von Frank-Walter Steinmeier würde es sie nicht geben. Deshalb wirft der Zustand der Großen Koalition und der Parteien, die sie tragen, auch ein Licht auf die Weisheit des Bundespräsidenten, auf sein Amtsverständnis.

In der Zwischenbilanz sieht das nicht gut aus. Die Wahlergebnisse für SPD und Union waren zuletzt desaströs. Angela Merkel hat nach einem dieser Debakel als Vorsitzende der CDU abgedankt, nun gab Andrea Nahles frustriert Partei- und Fraktionsvorsitz der SPD auf. Die CDU sieht sich derzeit als »nicht kampagnenfähig«, die SPD zerfleddert sich selbst und kämpft ums Überleben.

Der Abstieg der Volksparteien hat auch mit ihrer Ideenlosigkeit zu tun, mit der vierjährigen Übergangszeit, in die Angela Merkel das Land stürzte, indem sie ankündigte, nicht noch einmal antreten zu wollen. Vor allem aber liegt es an der Großen Koalition.

Die SPD hat sie im Herbst 2017 zunächst nicht gewollt. Nach dem Platzen von Jamaika erklärte das Parteipräsidium einstimmig, dass ein neuerliches Bündnis mit der Union ausgeschlossen sei. Bundeskanzlerin Merkel ließ durchblicken, dass sie sich Neuwahlen vorstellen könne.

Ein anderer konnte das nicht: der Bundespräsident. Für ihn waren Neuwahlen Teufelszeug, er hat sie mit aller Macht verhindert. Nach Gesprächen mit Steinmeier und seinen Beamten hat der Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte in einem Artikel für die »Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung« das Bild eines »Kanzlermachers« gezeichnet. »Mit präsidialer Schirmherrschaft erzwang er auch die Regierungsbildung«, schreibt Korte. Der Bundespräsident wirkt in diesen Zeilen wie der dominante Akteur der Politik, der Antreiber.

Das Grundgesetz, das kürzlich 70 Jahre alt geworden ist, hat für den ersten Mann im Staat eine zurückhaltende Rolle vorgesehen. In der Weimarer Republik konnte der Reichspräsident mehr oder weniger nach Gutdünken Kanzler austauschen, was in die Katastrophe führte, als die Wahl auf Adolf Hitler fiel. Deshalb schufen die Väter und Mütter des Grundgesetzes einen Bundespräsidenten mit beschränkten Befugnissen. Er schlägt einen Kandidaten für das Kanzleramt vor, er kann Neuwahlen ansetzen, wenn sich im Bundestag keine Mehrheit der Mitglieder für einen Kandidaten findet.

Steinmeier hat bei seinem beherzten Eingriff sicherlich nicht gegen das Grundgesetz verstoßen. Aber er hat es weit ausgelegt und damit persönliche Verantwortung auf sich geladen. Korte benutzt sogar das Wort Schuld: »Scheitert diese Regierung vorzeitig, oder zeigt sie sich erstarrt, trägt er eine Mitschuld.« (1)

Ohne Zweifel hat Steinmeier in guter Absicht gehandelt. Das Grundgesetz ist auf Stabilität angelegt, auf lange Regierungszeiten. Davon hat die Bundesrepublik profitiert. Er wollte diese Stabilität erhalten, hat aber das Gegenteil erreicht.

War das absehbar? Verlässliche Prognosen sind in der Politik kaum möglich. Doch es gab Hinweise, dass über dieser Regierung kein Segen liegen würde. Große Koalitionen sind in der Lehre von der Demokratie als Ausnahme gedacht, weil sie eine starke Opposition verhindern und radikale Ränder stärken. Es ist deshalb verwunderlich, dass ein Bundespräsident das dritte Bündnis von Union und SPD in vier Legislaturperioden gefördert hat, zumal der Erfolg der AfD die These von den radikalen Rändern bestätigt.

Und wenn ein komplettes Parteipräsidium eine Große Koalition ablehnt, ist es dann weise, die Partei trotzdem in dieses Bündnis zu drängen? Ist das nicht etwas anmaßend für einen Bundespräsidenten, der für die Folgen nicht geradestehen muss? Zumal Steinmeier aus der SPD kommt und die schwierige Seelenlage dieser Partei kennt. Er muss sich fragen, welchen Beitrag er zu ihrem Absturz geleistet hat.

Manchmal ist es besser, die Dinge laufen zu lassen. Vorgezogene Neuwahlen stürzen ein Land kurzfristig in die Instabilität, haben aber das Potenzial, stabile Verhältnisse zu schaffen. Nichts ist schlimmer als ein langes Siechtum.

Die Rolle des Bundespräsidenten wird sich insgesamt verändern, er wird wohl häufiger schwierige Regierungsbildungen betreuen müssen. Schwache Volksparteien, Unvereinbarkeiten mit der AfD oder den Linken machen es komplizierter, Koalitionen zu finden. Eine Lehre für diese neuen Zeiten gibt es nun schon. Die Leitidee, die das Grundgesetz für den Präsidenten vorgesehen hat, bleibt die richtige: Zurückhaltung. Dirk Kurbjuweit

Merkel, Steinmeier, Nahles 2017

Das stimmt.
Aber was hat das mit der Groko zu tun?

(1) Wir leiden weniger unter der Erstarrung der Regierung als unter falscher Politik der Merkels, Heiko Maas, v.d. Leyen, Seehofer, Heil, etc.

Diese Koalition will ich partout nicht verteidigen, aber die ewige Aggression gegen diese Koalition, die ständig ohne Beleg und vor allem ohne Aussage darüber getätigt wird, was denn die Alternative wäre, geht einem schon ganz schön auf die Nerven.
Hier also wieder und zwar als Leitartikel von Dirk Kurbjuweit. Hier wird dem Bundespräsidenten vorgeworfen, ihm sei die Bildung der letzten und zurzeit amtierenden großen Koalition zu verdanken.
Der Person des amtierenden Bundespräsidenten Steinmeier kann man in der Tat und berechtigterweise vieles vorwerfen. Er hat einen beachtlichen Anteil am Niedergang der SPD und unseres Landes. Er war Gerhard Schröders Gehilfe bei der Konzeption der Durchsetzung der Agenda 2010. Darunter leidet seine Partei bis heute. Gemessen daran ist sein Drängen auf die letzte große Koalition zwischen Merkel und Nahles harmlos.
Übrigens kann man an diesem Leitartikel auch ganz gut beobachten, wie die Methode “B sagen und A transportieren” funktioniert. Man muss wie in diesem Fall jemanden angreifen und transportiert damit zugleich die Botschaft, dass der Gegenstand des Angriffs negativ zu bewerten ist. Also: Steinmeier wird angegriffen wegen seiner Rolle bei der Bildung der großen Koalition und damit ist über diese Koalition der Stab gebrochen.